

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 228

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (84 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellern 40 Goldpfennig, — Offertgeblühn 10 Goldpfennig und Porto.

Halver

Dienstag, den 29. September

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich in langer Beratung mit der Frage der Sicherheitspaktkonferenz.

* Die Reichsbahn hat die Tarife für Lebensmittel um 10 % vom 1. Oktober ab herabgesetzt.

* Der Altestenrat des Reichstages lehnte den Antrag der Kommunisten auf sofortige Einberufung des Reichstages ab.

* Bei Bloß Island ist das amerikanische Unterseeboot „S 51“ infolge eines Zusammenstoßes mit einem Dampfer gesunken. 37 Personen von der Mannschaft sind ertrunken, drei wurden gerettet.

* Die Spanier haben sich genötigt gesehen, einen aufsehenerregenden Rückzug bei Alhucemas anzutreten und die angeblich eroberten Positionen wieder zu räumen.

Das Handwerk.

Es ging dem Handwerk „gut“ in der Inflationszeit; aber als die Währungsstabilisierung den Papierseiler zerriß, da zeigte sich dem Blick der Beteiligten, daß sie gerade so Opfer der Inflation geworden waren wie die andern Wirtschaftsklassen. Erfreulich ist nun aber, daß man nicht sofort nach dem „Vater Staat“ schrie, sondern selbst kräftig die Arme regte. Daß ein besonderer Reichskommissar für Fragen des Handwerks geschaffen wurde, ist zu begrüßen angesichts der Tatsache, daß die Eingriffe und Beeinflussungen des Staates sehr viel weitergehende und unbestimmtere, noch nicht gesetzlich festgelegte sind, als das früher der Fall war. Erinnert sei hierfür nur z. B. an die Tariffragen, die Lehrlingsausbildung und andere.

Nun ist die schon so lange geforderte Reichshandwerksordnung wenigstens in Arbeit, allerdings über Referentenentwürfe noch nicht hinausgekommen. In ihr sollen nicht bloß die Fragen des materiellen Rechts behandelt werden, soweit die wirtschaftliche Betriebsform des Handwerks davon berührt wird, sondern vor allem die organisatorischen Fragen. Mit der einfachen Forderung der Zwangsinnung ist das aber nicht abgetan, sondern dieser Begriff muß ausgefüllt werden. Damit werden die alten Streitfragen wieder aufgerollt, wie die des Befähigungsnachweises, der Verechtigung und Ausdehnung der Lehrlingsbeschäftigung usw.

Außerdem liegen die Dinge nicht mehr so einfach wie vor dem Kriege. Die handwerkliche Produktion ist abgestellt auf die Befriedigung individueller Bedürfnisse, die ein Fabrikbetrieb nicht leisten kann. Die wirtschaftliche Entwicklung hat es aber mit sich gebracht, daß auch im Handwerk — wir denken dabei besonders an das Baugewerbe — die verschiedensten Betriebsgrößen entstanden sind, deren Bedürfnisse natürlich ebenso verschieden sind, während früher der Klein- oder höchstens Mittelbetrieb die Regel war.

Durch den modernen Fabrikbetrieb ist aber der Befriedigung der individuellen Bedürfnisse in ständig wachsendem Maße Rechnung getragen, wird also dem Handwerk auf seinem ureigensten Gebiete schärfste Konkurrenz bereitet. Das hat freilich auch wieder seine Grenzen, weil die allgemeine wirtschaftliche Lage besonders in Deutschland die Nationalisierung des Fabrikbetriebes verlangt und daher auf Produktion von Massenartikeln hinbringt. Daher hat das Handwerk vollswirtschaftlich seine ganz bestimmten Aufgaben; es ist durchaus nicht die „durch die wirtschaftliche Entwicklung überholte Betriebsform“, wie man häufig hört. Außerdem besteht seine Hauptaufgabe, die Heranbildung qualifizierter Arbeiter, nach wie vor, ebenso die andere, soziale Aufstiegsmöglichkeiten zu gewähren.

Wenn durch die neue Handwerksordnung nun die Zwangsinnungen restlos durchgeführt werden sollen, so entspricht ja das dem Zug der Zeit nach Organisation, stellt nichts Neues dar. Natürlich wird dann die auch in anderen Berufskreisen durchgeführte Landes- bzw. Reichsorganisation sachverbandsmäßig die untersten Gruppen, also die Innungen, zusammenfassen. Ebenso soll die Beteiligung der Gesellen — bisher in Gesellenausschüssen bei den Innungen — anders geregelt werden, indem den Gesellen eine stärkere Vertretung als bisher gewährt wird. Das ist gerade beim Handwerk, wo das Verhältnis zwischen dem Meister als Arbeitgeber und dem Gesellen als Arbeitnehmer ein viel engeres, persönlicheres ist als im Fabrikbetrieb, eine nicht künstlich-theoretische, sondern in den Verhältnissen begründete Absicht.

Besonders schwierig wird — wie früher — die rechtliche Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk sein, muß aber schon deswegen gefunden werden, weil die neuen Organisationen große finanzielle Aufgaben haben werden. So liegen beispielsweise für Unfall- und sonstige Versicherung die Dinge im handwerklichen Betriebe ganz anders als im Fabrikbetriebe und es ist ein alte Klage des Handwerks, daß es auf diesem Gebiet die größeren Risiken der Fabriken mittragen müsse. Weiter werden die neuen zusammenfassenden Organisationen mit als ihre Hauptaufgabe die Behebung der Kreditnot haben, wie das in der Landwirtschaft schon durchgeführt ist. Daß dann die Innungen bzw. die Fachverbände praktisch auch preisregulierend eingreifen werden, wird sich kaum vermeiden lassen, mag auch bezweckt werden; Ausweichungen werden dabei aber sehr leicht verhindert werden durch die wirtschaftlich natürliche Konkurrenz des Fabrikbetriebes.

Das Handwerk muß auch aus mancher Erfahrung und aus dem Ernst der Gegenwart erkennen, daß es die Eifersüchteleien und den oft kurzfristigen Konkurrenzneid schnellstens im Interesse des Ganzen überwinden und im Kampf ums Dasein nicht gegeneinander, sondern nebeneinander stehen muß.

Die deutsche Antwort überreicht.

Entscheidend oder unverbindlich?

in Berlin, 26. September.

Wird die Sicherheitspaktkonferenz in Luzern oder Locarno — der Ort steht noch immer nicht fest — schon entscheidende Beschlüsse fassen? Soll sie sich nur auf unverbindliche Besprechungen zwischen den deutschen, englischen, französischen Ministern beschränken? Das ist die Frage, die hier heute die politischen Gemüter erregt. Während in der Reichspresse als selbstverständlich betont wird, es könne sich nur um nicht bindende Beratungen handeln, wird von entgegen gesetzter Seite ebenso bestimmt gesagt, es sei natürlich richtig, daß die deutschen Unterhändler nicht befugt seien, einen Sicherheitsvertrag zu unterzeichnen. Das wäre nach der Verfassung des Deutschen Reiches nicht möglich. Ein Vertrag kann nur mit Zustimmung des Reichstages und durch den Reichspräsidenten geschlossen werden. Aber Aufgabe der kommenden Konferenz sei es, alle Fragen des Pakts und seiner Rückwirkungen so weit zum Abschluß zu bringen, daß sie eben nur noch der Zustimmung durch die erwähnten Instanzen bedürfen, um die Vereinbarungen zum gültigen Vertrag zu machen. Eine zweite Konferenz der jetzt Beteiligten komme lediglich für die formelle Unterzeichnung in Betracht.

Der Meinungskampf ist besonders angeregt worden durch eine vom halbamtlichen Bureau heute veröffentlichte Meldung aus London über den Charakter der Paktkonferenz. Sie lautet:

„In der verschiedentlich ausgesprochenen Vermutung, die Konferenz werde nur vorläufigen Charakter besitzen, und es werde ihr eine Hauptkonferenz folgen, wird erklärt, daß dafür nicht der geringste Anlaß bestehe und daß dies vom britischen Standpunkt besonders unerwünscht wäre, da britische Minister in diesem Jahre so wieso wiederholt und lange Zeit von England abwesend gewesen seien. Die Juristen hätten bei ihren Londoner Besprechungen gute Arbeit geleistet und eine erhebliche Zahl technischer Fragen geregelt. Es sei also nicht einzusehen, warum die Arbeiten der Konferenz keinen abschließenden Charakter haben sollten.“

Ähnliche Ansichtsäußerungen kommen aus Paris. Tatsächlich wird es wohl hauptsächlich darauf ankommen, wie die ungewisselhaft vorhandenen Gegensätze in der Konferenz aufeinanderstoßen und ob sie sich aneinander abschleifen können. Deutschlands berechnete Interessen dürfen nicht geschädigt werden — diesen Gesichtspunkt haben unsere Unterhändler zu wahren.

Inzwischen tagte der Auswärtige Ausschuss des Reichstages unter außerordentlich starker Beteiligung. Auch die Vertreter der Länder waren fast vollständig anwesend; ebenso nahmen teil Reichsminister Dr. Luther und fast sämtliche Reichsminister. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hielt ein eingehendes Referat. Nachdem sich Redner sämtlicher Parteien geäußert, schloß die Sitzung. Die deutsche Antwort auf die Einladung zur Konferenz soll heute abend in den Hauptstädten der Alliierten übergeben und am Dienstag veröffentlicht werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine Einberufung des Reichstages.

Der Altestenrat des Reichstages beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Nieber mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion, das Plenum des Reichstages in dieser Woche zu berufen. Der Antrag wurde mit der außenpolitischen Lage und mit der Preisfestsetzungssaktion der Reichsregierung begründet. Alle anderen Parteien erklärten, sie könnten zurzeit noch keinen Anlaß zur sofortigen Berufung des Reichstages sehen. Die Sozialdemokraten behielten sich nur gegebenenfalls eine andere Stellungnahme vor. Demnach bleibt es vorläufig bei dem vom Plenum selbst getroffenen Dispositionen, wonach der Reichstag etwa am 19. November wieder zusammentreten sollte.

Maßregelung eines völkischen Abgeordneten.

Aus einer Anfrage der Völkischen, die von der Wirtschaftlichen Vereinigung unterfüt wird, erfährt man, daß Oberjustizrat Körner, der dem Preussischen Landtag als völkischer Abgeordneter angehört, am 18. Juli aus dem Ministerium zu einer Provinzialbehörde versetzt worden ist. Diese Strafversetzung wird amtlicherseits darauf zurückgeführt, daß Körner in einer kleinen Anfrage als Abgeordneter seinen vorgesetzten Minister aufs schwerste beschimpft hatte, unter anderem durch die öffentliche Behauptung, der Minister komme regelmäßig „besoffen“ zum Dienst.

Die tschechoslowakische Hafenzone in Hamburg und Stettin. Die Verhandlungen über die tschechoslowakische Hafenzone in den Häfen von Hamburg und Stettin, die der Tschechoslowakei durch den Versailler Vertrag zugesprochen worden waren, sind, wie in Prager diplomatischen Kreisen verlautet, auf einen toten Punkt angelangt, da der von der deutschen Regierung gestellte Antrag über die Frage, wie die tschechoslowakischen Hafenzonen untergebracht werden sollten, in Prag nicht befriedigt. Man sucht, wie die Frankf. Zeitung zu melden weiß, daher eine neue Lösung. Nach Erledigung der Angelegenheit der lokalen Unterbringung der Zone kommt die zweite sehr wichtige Frage an die Reihe, nämlich der Umfang der Rechte, die die Tschecho-

Überreichung der deutschen Antwortnote.

In Paris, London und Brüssel.

Die deutsche Antwortnote auf die Einladung zum Sicherheitspakt ist am Sonnabend den alliierten Regierungen überreicht worden. In Paris erschien der deutsche Botschafter v. Goeßch beim Generalsekretär des Quai d'Orsay, um die Antwort der deutschen Regierung zu übergeben. Im Anschluß an die Übergabe kamen verschiedene mit der Ministerbegegnung zusammenhängende Fragen zur Sprache. Die Unterredung dauerte etwa 1½ Stunden. Der Botschafter hinterließ bei Verhelot ein Memorandum über seine Mitteilungen. Da Briand nicht in Paris ist und erst Montag zurückkehrt, wird Dr. v. Goeßch am Montag nachmittag noch eine zweite Unterredung mit Briand selbst haben.

Ein ähnlicher Schritt wurde von dem deutschen Botschafter St. Hamer in London unternommen, der durch den englischen Außenminister Chamberlain selbst empfangen wurde. Auch der deutsche Gesandte in Brüssel v. Keller teilte dem belgischen Außenminister Vandervelde mit, daß die deutsche Regierung beschlossen habe, an der Konferenz der Außenminister über den Sicherheitspakt teilzunehmen.

Zustimmung im Auswärtigen Ausschuss.

Deutschnationale Beobachter auf der Konferenz?

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit der Annahme Deutschlands zur Paktkonferenz befaßte, dauerte etwa fünf Stunden. Nach dem einleitenden Referat des Außenministers Dr. Stresemann sprachen noch die Abgeordneten Müller-Franken von der Sozialdemokratie, Graf Westarp von den Deutschnationalen, Dauch von der Deutschen Volkspartei, Ruff Fischer von den Kommunisten, Dr. Bredt von der Wirtschaftspartei, Graf Bernstorff von den Demokraten, von den Völkischen Graf Reventlow, von der Bayerischen Volkspartei Graf Verchenfeld, vom Zentrum Kaas und von den Kommunisten Dr. Rosenberg. Wie gemeldet wird, sind die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses im großen und ganzen befriedigend verlaufen. Alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, haben sich mit der Annahme der Einladung zur Paktkonferenz einverstanden erklärt, die Deutschnationalen mit den bekannten Vorbehalten. Gegen die Einladung haben sich nur die Kommunisten, die Völkischen und der Professor Dr. Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung ausgesprochen.

Nach einer Meldung der Deutschen Zeitung soll die deutsche Delegation durch den Reichsinnenminister Schiele und die deutschnationalen Abgeordneten v. Rindener, Wildau und Leopold ergänzt werden. Diese Herren würden zwar nicht als Teilnehmer an der Konferenz selbst, sondern nur als Beobachter in dem Verhandlungsort während der Paktberatungen weilen und die Konferenz im Auftrage ihrer Partei überwachen.

slowakei bei Ausnutzung der Zone bestehn wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei der Schwierigkeit der Materie zu einer Intervention des englischen Vertreters kommen wird.

Nordamerika.

× Amerikanisches Hoch auf Hindenburg. Auf einem Frühstück, das die New Yorker Handelskammer zu Ehren des dort weilenden Reichskanzlers a. D. Dr. Wirth gab, brachte der Präsident der Handelskammer, Hermann Weh, einen Toast auf den Präsidenten Coolidge und den deutschen Reichspräsidenten aus, zwei Männer, die, wie er sagte, sich die Achtung und das Vertrauen der ganzen Welt erworben haben. Weh erklärte, die Handelskammer begrüße jedes Ereignis, das dazu angetan sei, zwischen den beiden Ländern auf geschäftlichem Gebiet eine bessere Verständigung herbeizuführen. Dr. Wirth stellte unter allgemeiner Heiterkeit fest, er sehe hier zum erstenmal, daß Trinksprüche mit klarem Wasser ausgebracht würden. Wenn Klarheit und Wahrheit auch in den Beziehungen der Länder untereinander geherrscht hätte, so hätte großes Unheil verhütet werden können.

Aus In- und Ausland.

Budapest. Die Regierung wird den bisherigen administrativen Leiter des Ministeriums des Äußern, Ranta von Ranya, zum Berliner Gesandten ernennen.

Moskau. Tschitscherin hat seine Urlaubsfahrt nach dem Auslande, die ihn zuerst nach Warschau führt, angetreten. Während seiner Abwesenheit wird Tschitscherin durch Litwinow vertreten.

Madrid. Die Landwirtschaftskammer sowie die Weinbau distrikte Valencia, Almeria und die Kanarischen Inseln haben die bringende Bitte an die Regierung gerichtet, einen Zollkrieg mit Deutschland zu vermeiden und die bestehenden Verträge als modus vivendi über den 16. Oktober hinaus zu verlängern.

New York. Sieben deutsche Arbeiterführer sind mit dem Dampfer „Columbus“ hier eingetroffen. Sie wurden am Vier von einer Abordnung amerikanischer Arbeiterführer begrüßt. Auch der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hatte sich an der Landungsstelle eingefunden.

Preussischer Landtag.

(69. Sitzung.)

in Berlin, 26. September.

Das Haus nimmt Kenntnis von der Verordnung des Staatsministeriums, die das preussische Gerichtsverfassungsgesetz des hin abändert, daß bei der gesetzlichen Aufwertung von

fragen soll anscheinend der Angeklagte v. G. d. o. r. y. Näheres über eine Mitbeteiligung der Herren Rehling und Lüders an den unlauteren Manipulationen ausfragen. Er beantragt aber, vorher sich mit seinem Verteidiger nochmals beraten zu lassen. Nachdem ihm hierzu ein längere Frist gewährt ist, erklärt er, daß Direktor Lüders mehrfach an ihn mit der Frage herangetreten sei, was er (Lüders) denn an dem Geschäft verdienen könne. Er sei nur ein armer Beamter, die anderen Herren verdienten Millionen, und er wolle doch auch einmal ein kleines Gut haben für seine alten Tage.

Es wird auch von einem Absatz im Protokoll des Untersuchungsausschusses gesprochen, in dem ein merkwürdiger Unterschied zwischen Rehling und Lüders gemacht wird, der dahin gewertet werden konnte, als ob Lüders tatsächlich etwas gefordert hat. Lüders behauptet, daß diese merkwürdige Wendung, während er durch Krankheit ferngehalten wurde, auf Betreiben Gydorfs ins Protokoll aufgenommen worden sei. Trotzdem beantragte nunmehr der Staatsanwalt die sofortige Verhaftung des Direktors Lüders, der der passiven Beamteneinstellung verdächtig sei. Lüders verteidigt sich dagegen und betont mit erregter Stimme seine Unschuld.

Der Haftbefehl gegen den Angeklagten Lüders wird dann abgelehnt. In der Begründung betonte der Vorsitzende, die Aussagen der Mitangeklagten, vor allem aber auch die Zeugenaussage des Rechtsanwalts Dr. Alsbach ließen den Verdacht der Bestechung gegen den Angeklagten Lüders als dringend erscheinen, zumal Lüders auch ohne Wissen des Direktors Rehling Kredite gegeben habe, die sachlich nicht berechtigt waren. Der Tatverdacht läge zwar vor, aber Fluchtverdacht und Veruntreuungsgeschäft könnten im gegenwärtigen Augenblick nicht angenommen werden.

Vokales und Provinzielles.

Halver, den 29. September 1925.

□ Erleichterung des Anmeldeverfahrens bei den Aufwertungsstellen. Das Aufwertungsgesetz macht bei Hypotheken, Grundschulden usw. die Aufwertung auf Grund Vorbehalts der Rechte oder kraft Rückwirkung davon abhängig, daß der Gläubiger seinen Anspruch bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle anmeldet. Zur Erleichterung des Anmeldeverfahrens ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ein amtliches Formular hergestellert, das dem Anmeldenden bei den Amtsgerichten unentgeltlich verabfolgt wird. Die Ausgabe ist nicht auf die Amtsgerichte beschränkt, vielmehr ist der Nachdruck jedermann gestattet.

— * **Flur- und Treppenbeleuchtung.** Mit dem Herannahen des Herbstes tritt die Dunkelheit von Tag zu Tag früher ein; bei trübem Wetter macht sie sich bereits gegen 7 Uhr bemerkbar, also zu einer Zeit, wo die meisten Leute ihr Heim aufsuchen. Da erscheint es angebracht, Hausbesitzer wie auch Mieter daran zu erinnern, daß es ihre Pflicht ist, für rechtzeitige und ausreichende Beleuchtung der Flure und Treppen Sorge zu tragen. Für etwaige körperliche Schäden durch Fallen und dergleichen, die aus Vernachlässigung dieser Pflicht entstehen, ist nach dem Gesetz der Beleuchtungspflichtige persönlich haftbar. Man spare also nicht am verkehrten Ende, sondern lasse das Licht lieber ein paar Minuten länger an, als daß man sich durch Verschulden haftpflichtig macht.

— * **Blitzableiterbau-Kurse für Installateure.** Am 15. und 16. September 1925 veranstaltete die Westfälische Provinzial-Feuerförsitz in Hagen i. W. Kurse über Blitzableiterbau und elektrotechnische Fragen. Zahlreiche Teilnehmer aus dem Klempner- und Installations-, sowie dem Dachdeckerhandwerk, ferner Vertreter von Fachverbänden hatten sich eingefunden. In den Vorträgen und in nachfolgenden allgemeinen Ausreden wurden alle Fragen des neuzeitlichen Blitzableiterbaues eingehend behandelt. Alle Ausführungen fanden regsten Beifall der Teilnehmer. Auch die Erörterung der Blitzgefahr bei Rundfunkanlagen, ebenso wie die Erklärung der Gefahren elektrischer Starkstromanlagen an Hand von Lichtbildern wurden mit großem Interesse verfolgt. Die Anlage richtiger Blitzableiter und die Vorführung künstlicher Blitze an einem Modell eines landwirtschaftlichen Gehöftes, sowie Löscherische mit Handfeuerlöschern belebten und veranschaulichten die Ausführungen in angenehmer Weise.

— * **Age des Arbeitsmarktes im Bereiche des Bezirksarbeitsnachweises für Lüdenscheid und Umgegend.** Die Arbeitsmarktlage hat sich gegenüber der Vorwoche weiter verschlechtert. Die Erwerbslosenzahl ist besonders in den Nebenstellen beträchtlich gestiegen. Es suchen Arbeit z. Bt. 264 Personen; davon sind 213 Unterstützungsempfänger und zwar Stadt Lüdenscheid 112, Amt Lüdenscheid 38, Amt Halver 55, Amt Kierspe 7, Amt Meinerzhagen 1. Stadt Lüdenscheid. Die Lage in der Metallindustrie ist unverändert ungünstig geblieben. Weitere Kürzungen der Arbeitszeit wurden angekündigt. Gesucht wurden lediglich jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sowie vereinzelt Facharbeiter. Das Baugewerbe ist noch voll beschäftigt. Im Tiefbaugewerbe werden infolge Robellegung dauernd Erdarbeiter gesucht. 30 Vermittlungen wurden getätigt. Die außerörtliche Vermittlung scheiterte zum größten Teil daran, daß vor Inangriffnahme der Arbeiten seitens der Firma nicht für Unterkunft und Arbeitsgerät gesorgt war. Auch jetzt sind die Unterkunftsverhältnisse noch nicht einwandfrei. Es wird versucht, auf den Unternehmer, zwecks Beschaffung von Unterkunftsräumen, die gesundheitlich einwandfrei sind, einzuwirken. Im Handwerk, Verkehrs- und Berufsfähigungsgewerbe wird durchweg voll gearbeitet. Gesucht und vermittelt wurde 1 Anstreicher- und 1 Schneidergehilfe. Der Arbeitsmarkt für kaufmännische Angestellte bleibt nach wie vor äußerst ungünstig. In der weiblichen Abteilung besteht Nachfrage nach Mädchen für die Landwirtschaft und für Stadthaushaltungen. Vermittelt wurden zwei Mädchen für die Landwirtschaft, 6 für Stadthaushaltungen, 2 Putzfrauen. Im Amt Lüdenscheid hat sich die Lage in der Metallindustrie Kurzarbeit eingeführt. Andere Firmen haben insgesamt 36 Arbeiter (in der Hauptsache Drahtzieher) bis auf weiteres beurlaubt. Bei einigen Firmen wird verkürzt gearbeitet. Vermittelt wurden einige Erdarbeiter und 2 Dienstmädchen für die Landwirtschaft. Im Amt Halver haben mehrere Firmen der Metallindustrie Kurzarbeit eingeführt. Andere Firmen haben Entlassungen vorgenommen. Nachfrage nach Arbeitskräften ist nicht vorhanden, nur werden vereinzelt Facharbeiter gesucht. 4 Vermittlungen haben in der letzten Woche stattgefunden. In den Aemtern Meinerzhagen und Kierspe arbeitet die Industrie voll; allerdings werden in einzelnen Betrieben die Arbeiter wegen Auftragsmangel mit Notstandsarbeitern be-

schäftigt oder es wird auf Lager gearbeitet. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge der beendeten Grummel- und Haternte stark nachgelassen. Bei Beginn der Hackfruchtenernte ist es wahrscheinlich möglich, einige Vermittlungen vornehmen zu können. In der Industrie der Steine und Erden kam es infolge der überaus großen Geldknappheit zu einigen Entlassungen. Die Entlassungen konnten in gleichartige Betriebe vermittelt werden. Die Lage im Bauhandwerk hat noch keine Verschlechterung erfahren. Bei Beendigung der Bauten wird mit einer erheblichen Erwerbslosigkeit zu rechnen sein. Gesucht wird ein gelernter Installateur über 25 Jahre.



Jederzeit

werden Abonnements auf den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger.

von den Briefträgern, Post-
ämtern und unserer Geschäfts-
stelle entgegengenommen.



† **Halver, 28. Sept.** Gestern früh starb die Frau Wwe. Theodor Denninghoff, Rosa geb. Groß. Geboren am 12. Mai 1844 hat sie ein Alter von nahezu 81 1/2 Jahren erreicht und gehörte zu den ältesten Bewohnern des Ortes. Ihr Mann, ein Sohn des letzten Pfarrers von der bis zum Jahre 1847 hier selbst auch vorhandenen reformierten Kirche, ist ihr vor 21 Jahren im Tode vorangegangen. Der selbe hat nicht unwesentlich zur Verschönerung des hiesigen Ortes beigetragen. Er kaufte im Jahre 1876 das an der Ecke der jetzigen Frankfurter- und Berliner-Straße stehende „Altenhaus“ und die „Bilene“, wozu besonders das letztere durchaus nicht zur Zierde des Ortes gereichte, ließ beide Gebäude abbrechen und errichtete dort das jetzt stehende dreistöckige stattliche Gebäude. — Die Verstorbene, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreute, möge sanft ruhen.

& **Halver, 28. Sept.** In der am verflochtenen Freitag im Kaffeehause Schulz zu Schalksmühle stattgehabten Sitzung des Lehrervereins Halver und Schalksmühle führte zum letzten Male der Lehrer Steinmeister von Anschlag, der seit Anfang des Jahres 1922 Vorsitzender desselben ist, den Vorsitz, da derselbe eine Lehrerstelle an der Mittelschule zu Witten im Regierungsbezirk Aurich übernimmt. Bis zum Schluß des Vereinsjahres, das mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, wird der stellvertretende Vorsitzende, Rektoratschullehrer Franz zu Schalksmühle das Amt weiter führen. Derselbe sprach dem scheidenden Vorsitzenden den Dank des Vereins für seine rastlosen und ausdauernden Bemühungen um den Verein aus und wünschte ihm auf seinem Lebenswege reichen Segen.

)(**Halver, 28. Sept.** Am Samstag und Sonntagabend ließ der Dilettantenverein „Hohenjoller“ den rühmlichst bekannten Film „Kienmontag“ über die Leinwand laufen. Mit der Vorführung dieses erstklassigen Filmwerkes hat der Verein einen guten Griff getan. Der Besuch war an beiden Abenden ein guter und ein jeder dürfte mit dem Gesehenen vollauf zufrieden gewesen sein. Die Handlung, die in einer kleinen rheinischen Garnisonstadt und auf einem Gute in der Nähe derselben sich abspielt, zeigte das Leben eines jungen Offiziers und seine Liebe zu einem bürgerlichen Mädchen. Von seinen Kameraden und Verwandten werden ihm Hindernisse in den Weg gelegt. Trotz langer Trennung erliefte die Junge Liebe nicht. Die Tragödie endete mit dem freiwilligen Tode der beiden. — Zu Anfang der Vorführung wurde der Besuch des Reichspräsidenten v. Hindenburg in den Ruhrstädten Bochum und Essen gezeigt.

)(**Deidinghausen, 28. Sept.** In die hiesige Verkaufsstelle des Konsumvereins Halver ist in der vergangenen Nacht ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Der oder die Diebe haben sich Eingang durch ein Fenster in den Verkaufsraum verschafft und haben eine Menge Warenvorräte und die Kasse, in letzterer befand sich nur ein wenig Wechselgeld, mitgenommen. Die leere Kasse fand man in einem Graben liegen. Ein von Lüdenscheid herbeigerufener Polizeihund konnte die Spur nicht auffindig machen. Der anhaltende Regen dürfte die Spuren verwischt haben. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Täter.

— **Brügge, 28. Sept.** Die zum hiesigen Postbezirk gehörigen Invaliden- und Unfallrentenempfänger können künftig die Vordrucke zu den Rentenempfangscheinen am hiesigen Postschalter empfangen. Die Vordrucke sind dem Postamt auf Ersuchen von den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften bereitwillig geliefert worden, um den Rentenempfängern den Weg zum Amt Lüdenscheid, Zeit und Kosten zu ersparen.

Dahl, 27. Sept. Schwerer Automobilunfall. Am Freitagabend gegen 9.20 Uhr, ereignete sich auf der Chaussee Dahl—Ambröck, direkt an der Stadtgrenze ein schwerer Automobilunfall. Ein mit 6 Personen besetzter Personenwagen stürzte infolge Plagens des Reifens des rechten Vorderrades in den Chausseegraben, überschlug sich und schlug dabei gegen die Felswand, alle Insassen unter sich begrabend. Das sofort herbeigeholte städtische Krankenauto brachte die Schwerverletzten nach Anlegung der ersten Verbände durch den sofort verständigten Arzt in das Krankenhaus, wo der Führer des Wagens, Kaufmann Meyer-Hagen, Frankfurterstraße 47 inzwischen verstorben ist.

Schwelm, 28. Sept. Die Städte Schwelm und Gevelsberg hatten sich bei der Regierung um die Konzession für die Betreibung einer Autobuslinie Vellendahl—Radevormwald beworben. Die Konzession wurde Gevelsberg zugesprochen die Linie ist aber bis jetzt noch nicht in Betrieb gesetzt worden. Da Schwelm an dieser Linie besonders interessiert ist, so drängt es auf die Inbetriebnahme. Es ist nun beabsichtigt, eine Kraftwagenverkehrs-gesellschaft zu gründen, an der sich Gevelsberg mit 150 000 Mk., Schwelm mit 100 000 Mk. und der Kreis Schwelm mit 50 000 Mk. beteiligen soll. Da die vorgesehene Autobuslinie Schwelm nach Norden mit Linderhausen verbindet, so spielen in dieser Sache auch die Eingemeindungsfragen eine Rolle.

Bisternohl, 27. Sept. Ein junger Mann von auswärts, der sich in einem unbewachten Augenblicke der ganzen Tageseinnahme in dem hiesigen Gasthof B. bemächtigt hatte, aber gleich von dem Wirt aufs Korn genommen worden war, hatte nach anfänglichem Leugnen das Geld (fast 100 Mk.) unbeobachtet unter einen Tisch fallen lassen. Andere anwesende Gäste hatten es aber bemerkt, und er mußte nun seine Tat bekennen. Der Wirt, der eine gute Handschrift schreibt, verabreichte dem Burlesken sogleich den Lohn, so daß er wohl nicht so leicht die Hand wieder nach fremdem Gute ausstrecken wird.

Siegen, 25. Sept. Sechs Wildschweine von einem Eisenbahnzuge überfahren. Gestern morgen fuhr ein Eisenbahnzug zwischen dem Blockhaus Holzhausen und der Sation Würdendorf in ein Rubel Wildschweine, von denen ein Keiler, eine Bache und 4 Frischlinge getötet wurden.

Wassereinbruch auf Zeche Saniel.

Oberhausen, 27. Sept. Auf der im Bau befindlichen Zechenanlage Franz Saniel der Gute Hoffnungs- hütte erfolgte im Schacht 2 Wassereinbruch. Es ist beim Abtaufen Wasser in den Schacht gedrungen und hat die Grube überschwemmt. Der außerordentlich hohe Druck riß das Wasser an die Oberfläche. Die Fördermaschine kürzte in einen 70—80 Meter vom Wasser gebildeten Krater. Die Gebäude in der Nähe sind gefährdet. Der ganze Zechenplatz droht zu versinken. Zwischen der Zeche Franz Saniel und der Zeche Jacobi besteht eine unterirdische Verbindung, desgleichen mit den Zechen Fonder und Osterfeld. Die Zeche Jacobi ist am gefährdetsten. Menschenleben sind nicht zu beklagen, da die Bergarbeiter, die im Sanielschacht arbeiteten, sich nach Jacobi herüber retten und dort ausfahren konnten. Die Zeche Saniel dürfte verloren sein. Der Materialschaden ist außerordentlich groß.

Ein amerikanisches U-Boot gesunken.

37 Todesopfer.

Newport, 26. September.

Das Unterseeboot „S 51“ ist infolge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Stadt Rom“ 20 Meilen östlich von Wood Island gesunken. Von der Besatzung des Unterseebootes sind 37 Personen ertrunken, drei Mann wurden durch den Dampfer gerettet.

Deutscher Evangelischer Frauenbund.

Ulm, 26. September.

In der alten schwäbischen Münsterstadt Ulm hielt der Deutsche Evangelische Frauenbund unter der Leitung seiner ersten Vorsitzenden, Frau Paula Müller-Diedrich, M. b. R., seine 14. Generalversammlung ab. Zu der Tagung sind zahlreiche Vertreterinnen aus allen Landesverbänden einschließlich des besetzten Gebietes erschienen, auch Vertreterinnen aus der Schweiz und Deutsch-Osterreich. Die Begrüßungsversammlung, die unter der Leitung der württembergischen Landesverbandsvorsitzenden, Fräulein Schmidlin-Ulm, stattfand, zeigte nicht nur von der starken Einheit der deutschen evangelischen Frauenwelt, sondern auch davon, wie herzlich die Generalversammlung in Württemberg willkommen war.

Die erste öffentliche Mitgliederversammlung wurde durch eine Rede von Frau Müller-Diedrich eröffnet. Der Geschäftsbericht bot ein inhaltsreiches Bild neuen Aufschwunges der Organisation und ihrer wirksamen Wohlfahrts- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag von Frau Diebig-Breslau über die Stellung der evangelischen Frau zu Literatur und Kunst. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung wurde die Stellungnahme des Deutschen Evangelischen Frauenbundes zum Kampf gegen den Alkoholismus besprochen. An gesetzlichen Maßnahmen kommt für Deutschland eine Erödenlegung nicht in Betracht, wohl aber ein Jugendkultgesetz, ein wirksames Gemeindebestimmungsrecht sowie die Bestimmungen im Entwurf des neuen Strafrechtsbuches. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin im Hinblick auf die Erhaltung des deutschen Volkstums von den Gesetzgebern eine Neuordnung des Schanlerlaubniswesens mit wirksamem Jugendschutz und ein brauchbares Gemeindebestimmungsrecht und von den Frauenverbänden eingehende Volksaufklärung dringend gefordert wurde.

Nah und Fern.

□ Luftgewehre sind staatsgefährlich, Kinderdrachen auch. Der französische Delegierte der Rheinlandkommission in Rheinfelden hat für seinen Bezirk über die Benutzung von Luftgewehren folgendes angeordnet: 1. Jeder Unternehmer, der innerhalb seines Betriebes Luftgewehre zu Preischießen verwendet, muß den Kreisdelegierten der Rheinlandkommission diese „Waffen“ vorlegen und um Erlaubnis zu ihrer Benutzung bitten, 2. es dürfen nur Luftgewehre mit einer Tragweite von weniger als 6 Meter benutzt werden, 3. auch bei Beobachtung dieser Vorschriften bleiben alle Schießübungen der Schützengesellschaften streng verboten. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat wegen der Gefahren, die das Drachenschießen der Kinder für die Flugzeuge (!) darstellt, verboten, daß Kinder auf freien Feldern oder sonstwo Drachen steigen lassen.

□ Vater- und Gattenmord. In Budzisz, Kreis Ratibor, wurde der 57 Jahre alte Vater Milotta von seinem Sohne in Gemeinschaft mit seiner Mutter ermordet. Man glaubte zunächst an einen natürlichen Tod, so daß bereits die kirchliche Beerdigung angefangen war. Ein Landjäger stellte kurz vor der Beerdigung Ermittlungen an, die zur Auffindung der Mordwerkzeuge und zur Enttarnung der Täter führten, die im Sterbehause verhaftet wurden. Der Grund zur Tat sollen Familiensgerwürnisse sein.

